

ZWEITE GESAMTSCHULE:

Anmeldungen entscheiden!

Endlich: die zweite Gesamtschule ist auf den Weg gebracht. Trotz der jahrelangen Blockade der CDU im Rat der Stadt, zuletzt gemeinsam mit der AFD, können nun deutlich mehr SchülerInnen

zusammen bis zum Abitur lernen. Letzte Hürde: Eine Mindestzahl von 100 Anmeldungen. Mit der gleichzeitig beschlossenen Einrichtung einer Sekundarschule eröffnet sich ein weiterer Weg zum



Abitur, allerdings mit einem Schulwechsel nach Klasse 10. Mit ihrer Wahl entscheiden nun die Eltern über die zukünftige Schulstruktur Iserlohns.

Das vorgezogene Anmeldeverfahren läuft vom 31.1. bis zum 5.2.

Mehr auf Seite 2

Ortlohn-Park wird bebaut! LINKE: Flächenverbrauch stoppen!



Der Ortlohn-Park wird bebaut. Die Entscheidung traf der Rat der Stadt kürzlich mehrheitlich mit breiter Unterstützung von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN. Kritisiert wurde der Beschluss von der Fraktion DIE LINKE, die mit einem Antrag den Flächenverbrauch in Iserlohn stoppen will. Zwischen 1992 und 2012 sind mehr als 240 ha Fläche verschwunden, Tendenz steigend. Das entspricht alle drei Wochen einer Fläche eines Fußballfeldes. Die Linksfrakti-

on kritisiert, dass trotz sinkender Bevölkerungszahlen und strukturellem Leerstand von Wohnraum weiterhin Planungsvorhaben vorangetrieben werden, die sich in der Regel auf Einfamilienhaussiedlungen auf der grünen Wiese beschränken. Beispielhaft seien dafür die Planungen im Ortlohn-Park oder auf der Emst.

**Mehr auf den
Seiten 3 & 4**



Kosten der Unterkunft für Arbeitslose, Kranke und Alte werden gekürzt

Neue BezieherInnen von Leistungen des SGB II oder XII bekommen schon jetzt den Druck zu spüren, was es heißt eine günstige Wohnung zu finden. Der Märkische Kreis bzw. die Jobcenter haben in diesem Jahr begonnen, die zuge-

standenen Kosten der Unterkunft zu senken. Auch Personen die schon Hilfen beziehen, sind entgegen den Ankündigungen des Kreises betroffen. DIE LINKE hat nachgefragt. Was Sie beachten müssen, und wo Ihnen geholfen wird.

Tipps auf Seite 4

Weitere Themen:

Weniger Energiesperren, Vereinsgebäude in Lasbeck, KITA-Gebühren und mehr...



Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite Gesamtschule in Iserlohn ist in greifbarer Nähe. Endlich können Sie, die Eltern, entscheiden, wie es mit der Schulentwicklung in Iserlohn weitergeht. Die CDU hat dies lange verhindern wollen. Jetzt kommt es darauf an, dass Sie von diesem Recht im kommenden vorgezogenen Anmeldeverfahren Gebrauch machen. Nur mit der nötigen Anzahl an Anmeldungen können wir in Iserlohn das Schulsystem weiterentwickeln, und dem Anspruch Rechnung tragen, jedem Kind den gewünschten Bildungsweg zu ermöglichen.

Oliver Ruhnert
Fraktionsvorsitzender

Kurz notiert

Lesegebühr abschaffen!

Die Ausleihzahlen der Bücherei haben sich seit Einführung der Lesegebühr nicht erholt. Dies berichtete die Bücherei-Leitung im Kulturausschuss. DIE LINKE kündigte an, wie in der Vergangenheit, die Abschaffung der Lesegebühr zu beantragen.

Bildung müsse kostenfrei sein, das gelte auch für die Bücherei. Die Lesegebühr sei eine Bücherei-Fernhaltegebühr, die endlich abgeschafft werden müsse.

ZWEITE GESAMTSCHULE

Mit der Einrichtung einer zweiten Gesamtschule würde eine Kernforderung der Fraktion DIE LINKE erfüllt. Über Jahre musste die einzige Gesamtschule in Iserlohn SchülerInnen abweisen. Dagegen wurden zwei Hauptschulen aufgrund mangelnder Nachfrage geschlossen. Leidtragende bei dieser Entwicklung sind auch die Realschulen, da deren pädagogische Konzepte und auch das Raumangebot nicht auf die zusätzlich aufzunehmenden Schüler mit ausgelegt sind.

Die Forderung nach mehr Plätzen auf Schulen des gemeinsamen Lernens, und die Erweiterung von Gesamtschulplätzen führte zu einem ungewöhnlichen Bildungsbündnis aus SPD, GRÜNEN, FDP und DIE LINKE, zu dem sich nach der Wahl auch die UWG/Piraten gesellten. Dessen ursprünglicher Plan einer zweiten Gesamtschule in Henne wurde letztendlich durch ein von der CDU unterstütztes Bürgerbegehren gestoppt. Nicht betroffene Eltern vor Ort sollten nach Meinung der CDU entscheiden, denn die hatten sich in einer Trendabfrage eindeutig für die Gesamtschule entschieden, sondern der „Bürgerwille“, der sich zu einem großen Teil aus den Stimmen von Senioren entfernter Stadtteile zusammensetzte.

Das darauf folgende Angebot zur Aufstockung der Plätze an der bestehenden Gesamtschule durch Containerklassen wurde dagegen von den Eltern nicht angenommen. Schließlich stand

nur noch die Frage der Schulreform in Alt-Iserlohn durch das Angebot von zwei Sekundarschulen oder einer zweiten Gesamtschule und einer Sekundarschule zur Abstimmung. Die GRÜNEN äußerten plötzlich Bedenken. Erst, weil die Gesamtschule an zwei Standorten (Bömberg/Wiesengrund) eingerichtet werden sollte, dann auch an dem Einzelstandort Bömberg. In einer Ratssondersitzung im Oktober stimmten dann trotzdem 27 gegen 23 Ratsmitglieder in geheimer Abstimmung dafür.



Zu dem Ergebnis hat sicher auch beigetragen, dass es einen AfD-Antrag für die unsinnige Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems in Iserlohn gab. Dieser wurde rassistisch mit der Beteiligung von vielen Kindern mit Migrationshintergrund am Unterricht in Systemen des gemeinsamen Lernens begründet. Dass dieser Antrag in geheimer Abstimmung nicht nur die drei AfD-Stimmen, sondern insgesamt 12 Stimmen bekam, zeigt, dass es erhebliche, vermutlich bei der CDU anzuesiedelnde Kräfte im Rat gibt, die keine gestaltende moderne Schulpolitik in Iserlohn wollen, sogar Sekundarschulen für einen Irr-

weg halten und damit nicht mal bei dem Schulkonsens auf Landesebene angekommen sind. In der Dezembersitzung des Rates unternahm die CDU den vorerst letzten Versuch, den positiven Beschluss vom Oktober aufzuheben. Aber auch dafür konnte sie keine Mehrheit finden.

Im Januar wurden nun die betroffenen Eltern auf vier Veranstaltungen seitens der Stadt zur beabsichtigten Reform der Schulstruktur Iserlohns und zum Schulprofil der neuen Schulen informiert. Alternativ zum Standort

Bömberg prüft die Verwaltung derzeit auch das Angebot, die zweite Gesamtschule am Seilersee einzurichten.

Egal ob Bömberg, Nußberg oder Seilersee: Mit Ihrem Votum haben Sie als Eltern nun die Chance auf einen guten Schulabschluss bis hin zum Abitur durch intensive Förderung auch für Kinder, denen das im Alter von zehn Jahren noch nicht zugetraut worden ist. Die Fraktion DIE LINKE sieht sich in ihrem Kampf um mehr Chancengleichheit durch längeres gemeinsames Lernen bestätigt.

Jetzt heißt es anmelden!

Vereinsgebäude in Lasbeck wichtig für den Stadtteil

Der VFR Lasbeck-Stenglingsen ist der letzte Iserlohner Verein, dessen Fußballer sich mit einem Aschenplatz begnügen müssen. Ein größeres Problem stellt jedoch die Gebäudesituation dar. Daher wurde kürzlich im Sportausschuss über einen Zuschuss zur Finanzierung eines Vereinsgebäudes beraten. Für DIE LIN-

KE ist das Vereinsgebäude in Lasbeck ein wichtiger Baustein für die gesamte Stadtteilentwicklung. Ein neues Vereinsgebäude müsse auch als eine Art Dorfgemeinschaftshaus gesehen werden. Die Menschen in Lasbeck brauchen einen Ort zum gemeinsamen Feiern und zur Durchführung von Veranstaltungen. „Nur

ein aktives Gemein-schaftsleben sichert dem Dorf seine Zukunft“, erklärt Oliver Ruhnert, Fraktionsvorsitzender der LINKEN. Seine Fraktion werde sich daher auch weiterhin für die Errichtung eines neuen Vereinsgebäudes stark machen.

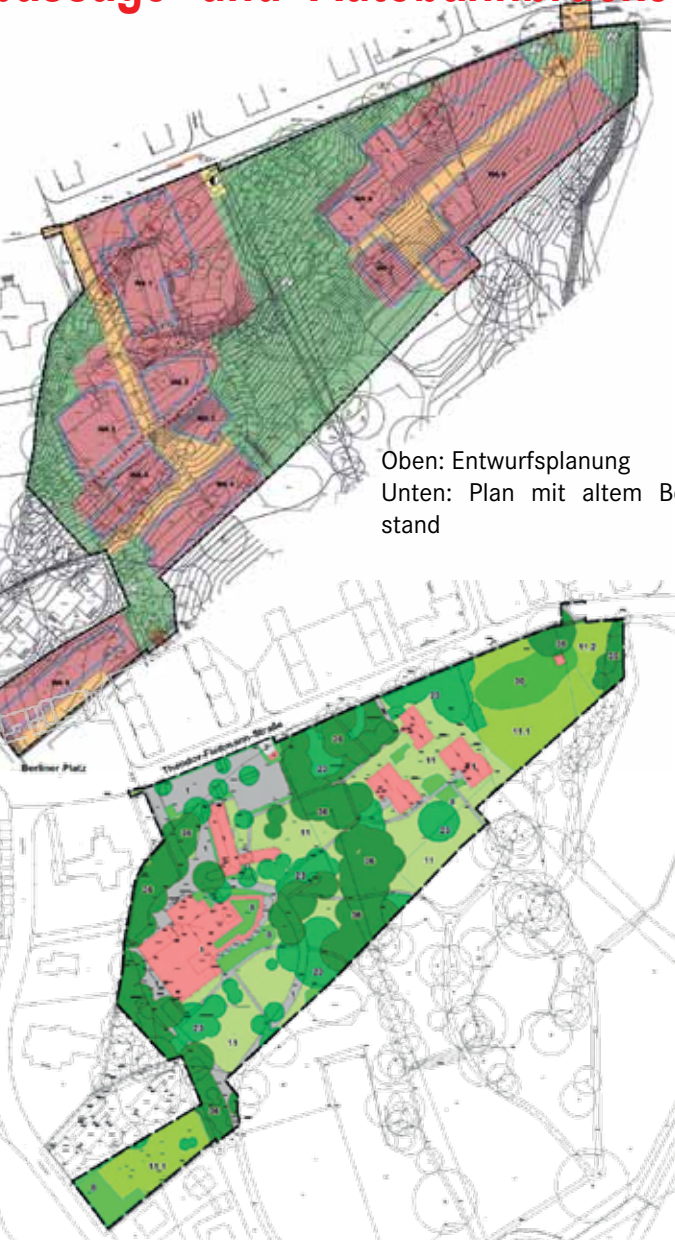


Ortlohn: Letzter bürgerlicher Iserlochner Park wird unter Gebäuden begraben

Beschluss in bester Iserlochner Tradition von Westertorpassage und Autobahnbrücke

In seiner zweiten Sitzung nach der Kommunalwahl fielte der Rat der Stadt die endgültige Entscheidung zum Bebauungsplan für den Ortlohn-Park. Gegen die Stimmen der LINKEN und vereinzelt Stimmen aus anderen Fraktionen wurde in bester Iserlochner Tradition – man denke nur an Bausünden wie die Westertorpassage und die Autobahnbrücke über den Seilersee – mit breiter Mehrheit aus CDU, SPD, FDP und GRÜNEN der letzte bürgerliche Park Iserlohns beerdigt.

„Es ist eine Schande, dass die evangelische Landeskirche von der großen Mehrheit der Politik bei der Zerstörung von Stadt- und Kulturgeschichte, sowie einer wichtigen innerstädtischen Grünfläche, unterstützt wird“, ärgert sich LINKEN-Fraktionsgeschäftsführer Manuel Huff. Die Fläche, die im Stadtentwicklungskonzept als Grünes Herz Iserlohns bezeichnet wird, wird nun zu einem großen Teil unter Bebauung begraben. Zwar konnte auf Druck der Fraktion DIE LINKE erreicht werden, dass der Großteil des alten Baumbestandes durch Festsetzungen im Bebauungsplan gesichert wurde, zahlreiche alte Bäume werden jedoch dennoch gefällt werden. Außerdem besteht die Gefahr, dass durch die Baumaßnahmen



Oben: Entwurfsplanung
Unten: Plan mit altem Bestand

weitere Bäume geschädigt werden, sei es durch Baufahrzeuge, durch veränderte Boden-Wasserverhältnisse oder Winddruck.

Huff: „Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte lediglich

auf den bereits bebauten Flächen neu gebaut werden dürfen. Wir bleiben jedoch weiter auf Kurs, wenn es darum geht, ein lebenswertes Iserlohn zu ermöglichen, und stellen weiterhin Lebensqualität über private Profitgier!“

KITA-Gebühren sozial gestalten

Nachdem die Linksfraktion zum letzten Jahr bei den Elternbeiträgen für Offene Ganztagschulen (OGS) Beitragssenkungen und mehr Beitragsgerechtigkeit durchsetzen konnte (s. ROTLICHT Nr. 4), wurde bei den KITA Gebühren nur die Anhebung

der Freigrenze auf 20.000 Euro Jahreseinkommen der Eltern beschlossen. DIE LINKE strebt weiterhin die vollständige Beitragsfreiheit an. Die derzeitige Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land lasse dies jedoch derzeit finanziell nicht

zu. Daher fordert man nun in einem ersten Schritt eine sozial gerechte Beitragserhebung wie im OGS-Bereich. Das Ziel der LINKEN ist ein linear ansteigender Beitragsverlauf, der gezielt untere Einkommensgruppen entlasten soll.

Kurz notiert



Kein Sozial-Ticket im Märkischen Kreis.

Die Fraktionen von CDU, SPD, UWG und FDP sowie der Vertreter der PI-RATEN haben kürzlich die von der LINKEN beantragte Einführung eines Sozialtickets für den Märkischen Kreis abgelehnt. Das Ticket sollte kreisweit gelten und für einen Betrag von 25 Euro erhältlich sein. Dies entspricht ungefähr dem Betrag, der im ALG II – Regelsatz für die Teilnahme am Verkehr vorgesehen ist.

Die Ablehnung wurde mit Mehrkosten begründet. Dabei wurde unterstellt, dass jeder mögliche Käufer des Sozialticket bislang eine reguläre Monatskarte für knapp 70 (Stadt) bzw. 110 Euro (Kreis) erworben hat. „Wie dies bei einem Regelsatz unter 400 Euro möglich sein soll, bleibt ein Rätsel“, kommentierte Kreistagsfraktionsvorsitzender Manuel Huff.



Aquamathe: Sanierung hat begonnen

Im November hat die Sanierung des Aquamathe begonnen. Die Dauer der Bauarbeiten beträgt laut Plan zehn Monate. DIE LINKE hatte sich für einen Neubau mit Cabrio-Dach ausgesprochen, um den Schwimmstandort Letmathe dauerhaft zu sichern, und im Sommer einen Freibadersatz zu schaffen. Das Freibad im Aquamathe ist in der vorangegangenen Debatte mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, UWG und GRÜNEN geschlossen worden.

V.i.S.d.P.:

Oliver Ruhnert
Schillerplatz 7
58636 Iserlohn

Redaktion:
Manuel Huff

Gegen den Trend: Weniger Energiesperren in Iserlohn

Zahlen sind nach politischer Intervention seit 2012 rückläufig

Während laut dem „Monitoringbericht 2014“ der Bundesnetzagentur bundesweit immer mehr Menschen von Strom- und Gassperren betroffen sind, weil sie ihre Rechnung nicht zahlen können, zeigt sich in Iserlohn eine gegenläufige Entwicklung. „Unser Engagement gegen Energiearmut hat sich gelohnt“, stellt

Kontakt zur Sozialbehörde aufzunehmen, um Mittel und Wege zu finden, eine Sperre zu vermeiden. Seit 2012 wird diese Vorgehensweise praktiziert. Dabei sind die Stromsperren um 22,6 Prozent zurückgegangen, die Gas/Wärmesperren um 27,8 Prozent. Waren vor zwei Jahren noch insgesamt 920 Haushalte von Ener-



Oliver Ruhnert als Vorsitzender der Fraktion Die Linke fest, die seit Jahren einen anderen Umgang mit dem Thema gefordert und schließlich auch Erfolg hatte.

Energiesperren werden in der Waldstadt zumindest in der kalten Jahreszeit nicht mehr verhängt. Außerdem sind die Stadtwerke im Falle einer drohenden Energiesperre aufgefordert, zunächst

giesperren betroffen, sind es 2014 nur noch 707. Ruhnert: „Dennoch ist jede Energiesperre eine zu viel. Wir hoffen daher, dass der Bundestag dem Antrag der Linkspartei folgen wird, und Stromsperren, wie in Frankreich, gesetzlich verbietet.“ Bundesweit liegt die Steigerungsrate in den letzten drei Jahren beim Strom bei 10,5 Prozent, beim Gas sogar bei 36,6 Prozent.

Kosten der Unterkunft für Arbeitslose, Kranke und Alte werden gekürzt

Tipps für Betroffene

Anm: Diese Hinweise sind keine Rechtsberatung, sondern eine Zusammenstellung von Antworten auf Fragen der Fraktion DIE LINKE.

Fordert die Behörde Sie auf, die Kosten der Unterkunft zu senken, zahlt die Behörde im Falle eines tatsächlichen Wohnungswechsels die Umzugskosten. Allerdings müssen Sie vorher einen Antrag auf Kostenübernahme stellen. Sonst gibt es nichts! Der Märkische Kreis hat weiterhin aufgrund einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE mitgeteilt, dass das Abklemmen und Anschließen von Elektro- oder Gasherden auf Antrag übernommen wird. Gleiches gilt wenn die Küche nicht passt, und kleinere Anpassungen vorgenommen werden müssen. Die Anträge müssen vorher und schriftlich gestellt werden.

Wichtig ist auch die Auskunft, dass zurückgezahlte Mietkautionen wie Vermögen behandelt werden, und kein Einkommen darstellen, somit auch nicht angerechnet werden.

Weiterhin fragte DIE LINKE, wie viele Menschen ihre Miete aus dem Regelsatz aufstocken, um einen Umzug zu vermeiden. Die Verwaltung war und



ist allerdings weiter nicht bereit, eine Statistik zu führen, und berief sich dabei auf den Datenschutz. Diese Daten können jedoch völlig anonym erhoben werden. Die übrigen Fraktionen folgten allerdings der Verwaltungslinie. Diese Statistik würde aussagekräftige Daten über verschärfte Armut liefern, da durch die Aufstockung aus dem Regelbedarf das sozio-kulturelle Existenzminimum unterschritten wird. Wenigstens die Stadt Iserlohn hat auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zugesagt, eine Strichliste für GrundversicherungsempfängerInnen zu führen die ihre Miete selbst aufstocken.

Sollten Sie Rechtsberatung benötigen, z.B. um sich gegen die Aufforderung zur Senkung der Kosten der Unterkunft zu wehren, wenden Sie sich an Beratungsstellen wie Aufrecht e.V. oder an die Beratungsstelle für Arbeitslose.

Wehren Sie sich, wenn nötig!

Flächenverbrauch beenden

Erhöhte Grundsteuer gegen Spekulation und Verfall

Dass DIE LINKE mit ihrer Kritik nicht alleine steht, zeigen Aussagen, die auf einer Versammlung des Bundes Deutscher Baumeister (BDB), Architekten und Ingenieure im November 2013 in Iserlohn getätigt wurden. Hartmut Mijsch, Präsidiumsmitglied des BDB erklärte: „In zehn bis 15 Jahren werden wir große Probleme in Einfamilienhaussiedlungen haben. Es werden Bestände auf den Markt kommen, die gar nicht mehr absetzbar sind.“

gekommen“, so Fraktionsgeschäftsführer Manuel Huff.



DIE LINKE fordert daher ein Umdenken in der Stadtentwicklung. „Wir sehen uns durch Aussagen wie die des BDB in unserer Ablehnung gegenüber den Baugebieten Ortlohn und Ernst bestätigt. Ohne Not werden hier vor Ort wertvolle Flächen versiegelt, während an anderen Stellen in unserer Stadt die Infrastruktur vergammelt. Leider sind diese Fakten noch nicht bei der Mehrheit der Ratsvertreter an-

Man erwarte jetzt von der Verwaltung ein klares Konzept, dem Flächenverbrauch entgegenzutreten. Außerdem soll geprüft werden, in wie weit Brachflächen und bebaubare Baulücken, auf denen planungsrechtlich eine Bebauung möglich ist, mit einer erhöhten Grundsteuer zu belasten, um dem Flächenverbrauch und Grundstücksspekulation entgegen zu wirken.

So erreichen Sie uns ...

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Iserlohn

Raum 104, Schillerplatz 7, 58636 Iserlohn
Tel. 02371 / 217 1075, Fax 217 1076

e-mail: fraktion@dielinke-iserlohn.de



Öffnungszeiten:

Montag 13:00 – 17:00 Uhr
Dienstag 09:00 – 14:00 Uhr
Donnerstag 13:00 – 17:00 Uhr

Internet: www.dielinke-iserlohn.de